

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes deutscher Textilarbeiter

Verlag Heinz Fahrenbrach, Düsseldorf, Florstr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Nieu, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— 9

Nummer 51

Düsseldorf, den 19. Dezember 1931

Versandort Krefeld

Volk in Not!

M. Die andauernd fortschreitende Verschärfung der internationalen Wirtschaftskrise und die erneute Zuspitzung der politischen Verhältnisse haben das deutsche Volk in eine verzweifelte Lage gebracht. Wir stehen am Rande des Abgrunds. Gelingt es nicht in letzter Stunde noch, Staat und Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu bewahren, so ist der Sturz ins Chaos unvermeidlich. So ist die neue vierte Notverordnung letzte verzweifelte Anstrengung der Reichsregierung — letzter Versuch — unser Schicksal zu beeinflussen. Ein Schicksal, das entscheidet über Rettung oder Untergang, Hoffnung auf wirtschaftliche und soziale Gesundung und Wiederaufstieg oder weitere Verelendung, wirtschaftlichen und sozialen Niedergang unseres Volkes.

Diese Tatsache allein und der Wille zur letzten Kraftanstrengung eines verzweifelt Rettungsverlaufes rechtfertigen die Maßnahmen, die die Regierung in ihrer Notverordnung ergriffen hat. Sie sind so einschneidend in das wirtschaftliche und soziale Gesamt- und Einzelleben unseres ganzen Volkes, daß ihre Tragweite und Auswirkung kaum abzusehen sind.

So bedeutsam auch die politischen Sicherungen der Notverordnung gegen alle staatsfeindlichen und illegalen Umsturzversuche der radikalen Gruppen sind, liegt ihr Schwerpunkt und ihre ausschlaggebende Bedeutung doch auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete. Sinn und Ziel dieser wirtschafts- und sozialpolitischen Eingriffe ist die Sicherung der deutschen Währung und weitere Fortführung der Deflationspolitik der Reichsregierung, um durch Senkung der Herstellungskosten die deutsche Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten zu erhalten und ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die Regierung sucht dieses Ziel zu erreichen durch weitere Herabsetzung der Löhne und Gehälter, Verbilligung des Verwaltungsapparates, Senkung der Verkehrs- und Verkehrstarife, der Frachten und Kohlenpreise und des Kapital- und Mietzinses. Die so erstrebte Senkung des allgemeinen Preisniveaus und der Lebenshaltungskosten soll nach dem Willen der Reichsregierung die nominelle Reduzierung der Löhne und Gehälter ausgleichen durch eine gleichzeitige Steigerung der realen Kaufkraft. Diese Überlegungen der Reichsregierung sind ohne Zweifel grundsätzlich richtig.

Trotzdem aber wird man den praktischen Erfolg dieser Aktion bezweifeln müssen. Die bisherige Deflationspolitik der Reichsregierung ist in ihrem Ergebnis erfahrungsgemäß über eine Senkung der Löhne und Gehälter kaum hinausgekommen. Die Arbeiterschaft hat einen ganz erheblichen Abbau ihres Einkommens ertragen müssen, während die Lebenshaltungskosten trotz der Preisabbauemühnungen der Reichsregierung nur eine geringe Senkung erfahren haben. Das Ergebnis ist eine weitere Schrumpfung der allgemeinen Kaufkraft, verringerte Absatzmöglichkeit und Produktionsstagnation und damit eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit gewesen. Gleichzeitig ist eine katastrophale Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterschaft eingetreten. Der durch die Notverordnung diktierte weitere Lohnabbau bedeutet unter diesen Umständen für breite Massen der Arbeiterschaft eine Belastung, die nur tragbar ist, wenn diese Politik der Regierung nicht wieder in ihren Lohnpolitischen Anfängen stecken bleibt, sondern wirklich in einer gleichzeitigen entsprechenden Senkung der Lebenshaltungskosten ausläuft. Wird deshalb die vorgesehene Lohn- und Gehaltensenkung nicht durch eine gleichzeitige und entsprechende Preisensenkung ausgeglichen, dann ist die unausbleibliche Folge eine weitere Verelendung der Arbeiterschaft, Schwächung der Kaufkraft und Verschärfung der Krise. Wir verhehlen nicht, daß wir unter diesen Gesichtspunkten und nach den bisherigen Erfahrungen den diesbezüglichen Maßnahmen der Regierung mit allergrößten Bedenken gegenüberstehen.

Wir bezweifeln den ersten Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Aktion keineswegs. Die vorgesehene Preisensenkung-Aktion ist ohne Frage großzügig und in das gesamte Preisgebäude tief einschneidend. Die geplante Senkung der Rohstoffpreise (Kohle, Eisen, Stahlfabrik, Kalk) und die Herabsetzung der Preise von Gas, Wasser, Elektrizität, der Verkehrstarife und Frachten, sowie die Senkung der Zinsen und Kapitalzinsen ist in Zusammenarbeit mit der weiteren Lohnsenkung wohl geeignet, die erstrebte Verminderung des allgemeinen Preisniveaus herbeizuführen. Vorausgesetzt, daß die Reichsregierung und der mit außerordentlichen Vollmachten zur Senkung der Preise ausgestattete Reichskommissar wirklich von ihren Machtmitteln Gebrauch machen. Ob dies geschieht und so das Bestreben der Reichsregierung den gewünschten und erforderlichen Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten.

Das gleiche trifft für die Bestrebungen der Regierung zur Sicherung der öffentlichen Haushalte zu. Sie sucht durch Erhöhung der Einnahmen und gleichzeitige Verminderungen der Personalausgaben die Millionenfehlbeträge im Etat von Reich, Staat und Gemeinden auszugleichen.

Mit den von der Regierung in dieser Hinsicht vorgeesehenen steuerlichen Maßnahmen sind tatsächlich die letzten Quellen, neue Einnahmemöglichkeiten zu erschließen oder Etats-Ausgleichsmöglichkeiten zu schaffen, erschöpft. Auch das Ergebnis dieser finanzpolitischen Maßnahmen aber ist letzten Endes abhängig von dem Erfolg der Regierungsaktion auf wirtschaftspolitischem Gebiete.

So muß das Notgesetzwerk der Regierung in seiner praktischen Konsequenz zum mindesten außerordentlich problematisch genannt werden. Diese Problematik wird dadurch noch verstärkt, daß wesentliche zentrale Probleme eines Gesamtfinanzwerkes übergangen worden sind. Dazu gehören insbesondere die Behandlung der Agrarpreisfrage, die in der Notverordnung nur unzulänglich berücksichtigt worden ist, sowie die Frage der dringend notwendigen Finanz- und Reichsreform.

Darüber hinaus aber wird der Erfolg dieses Werkes nicht allein von innerpolitischen Maßnahmen abhängen, sondern in ausschlaggebendem Maße von außenpolitischen und weltwirtschaftlichen Auswirkungen bestimmt. Hier mündet die Politik der Reichsregierung in dem Problem der internationalen Verständigung, in deren Mittelpunkt die Lösung der Reparationsfrage steht — die letzte Lebensfrage des deutschen Volkes überhaupt ist.

In den aufgezeigten Unvollkommenheiten offenbart sich deutlich der Charakter der neuen Notverordnung als Notgesetz. Sie ist es in allem Positiven wie in Negativen, in allen ihren zu erhoffenden vorteiligen wie in den zu befürchtenden nachteiligen Auswirkungen. — Dabei kann unbefreitbar festgestellt werden, daß diese Notverordnung in vorteilhaftem Gegensatz zu den bisherigen Notgesetzen das anerkanntswürdige Streben nach einem gerechteren Ausgleich bei der Verteilung der neuen Lasten zeigt. Das will freilich wenig besagen angesichts der Tatsache, daß die Arbeiterschaft durch die vorangegangenen Notverordnungen bereits in so starkem Maße betroffen wurde, daß es ihr buchstäblich ans letzte geht. Eben dadurch unterscheidet sich die neue Belastung der

Arbeiterschaft durch Lohnabbau, Abbau der Sozialversicherung usw. grundsätzlich von den Opfern, die den anderen Volksschichten auferlegt werden. Eben deshalb auch die ständigen Warnungen der Gewerkschaften und unsere ernststen Besorgnisse für die Auswirkungen dieser Maßnahmen.

Aber schließlich geht es bei der grundsätzlichen Beurteilung und Bedeutung dieser Notverordnung nicht darum allein. Es ist beachtlich und muß für die zu erwartenden interessenpolitischen Auseinandersetzungen über diese Notverordnung festgehalten werden, was der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, darüber ausführt:

„Es geht nicht um die Frage, ob wir diese Notverordnung wollen oder nicht wollen, daß wir sie nicht wollen, darüber gibt es unter uns gar keinen Streit. — Es geht nicht darum, was in den nächsten Monaten an Löhnen, Gehältern und Sozialrenten ausbezahlt wird. Es geht — um eine Entscheidung, die auf Jahrzehnte hinaus von gewaltiger Bedeutung sein wird. Es handelt sich um Leben und Kraft der (sozialistischen) Arbeiterbewegung in Deutschland überhaupt.“

Was hier der „Vorwärts“ in grundsätzlich richtiger Erkenntnis — natürlich betrachtet von seinem parteipolitischen Interessenstandpunkt — sagt, kann auf die gesamte deutsche Arbeiterschaft und das ganze deutsche Volk bezogen werden:

Es geht nicht um Einzel- und Sonderprivilegien oder Nachteile einer Schicht, sondern um das Schicksal des ganzen deutschen Volkes.

Das allein ist es, was diesem in das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben unseres Gesamtvolkes wie jedes Einzelnen so tief einschneidenden Eingriff der Notverordnung überhaupt innere Berechtigung gibt und was allein trotz aller berechtigten Widerstande gegen diese unerhörte Belastung für die Arbeiterschaft bestimmend sein kann, dieses neue Leide Opfer auf sich zu nehmen: Die Erkenntnis, um was es geht.

Was bringt die Notverordnung?

Der wirtschaftliche Teil der Notverordnung

führt die Deflationspolitik der Reichsregierung konsequent weiter.

Senkung der gebundenen Preise.

Daß die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung zur Senkung des Preisniveaus nicht zum vollen Erfolge geführt haben, ist zum großen Teil auf den Widerstand der in Kartellen, Syndikaten oder ähnlichen Vereinigungen zusammengeschlossenen Erzeugergruppen zurückzuführen. Entsprechend den Empfehlungen des Wirtschaftsrates steht die Regierung davon ab, die Kartelle zu zerlegen und dadurch auf eine Senkung der gebundenen Preise hinzuwirken. Das Ziel der neuen Bestimmungen ist aber eine Auflockerung dieser Verbände, die auf den wichtigsten Wirtschaftsgebieten und im Handel eine bedeutende Rolle spielen. Bis zum 1. Januar 1932 sind alle Preise, die durch Kartelle, Syndikate und ähnliche Abmachungen sowie durch Verpflichtungsscheine und Lieferungsbedingungen gebunden sind, mindestens um 10 v. H. gegenüber dem Stand vom 1. Juli 1931 zu senken. Mit dieser Bestimmung trägt die Regierung den Forderungen der Arbeitnehmerschaft Rechnung, die von jeher die Auflockerung der gebundenen Preise verlangt hat. Werden die Preise nicht herabgesetzt, so sind ihre Bindungen vom 1. Januar 1932 ab nichtig. Die Erhöhung von kartellgebundenen Preisen und die Einführung von neuen Preisbindungen ist nur mit Genehmigung der zuständigen Behörde möglich. Die Verbraucher erwarten, daß die Regierung von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch macht. Dasselbe gilt von den besonders gelagerten Ausnahmefällen, in denen eine Befreiung von den Zwangsvorschriften bewilligt werden kann. Es besteht sonst die Gefahr, daß sich hier eine Hintertüre öffnet, die ein Ausweichen ermöglicht und dadurch den Erfolg vernichtet. Von besonderer Bedeutung für die Arbeitnehmer ist die Senkung der Kohlenpreise, die mit 10 v. H. am 1. Januar 1932 in Kraft tritt. Die Kohlsyndikate und Kohlenrohändler dürfen in Zukunft den Einzelhändler nicht bestrafen, der sich nicht an die von den örtlichen Händlerorganisationen festgesetzten Kleinverkaufspreise hält. Hier ist also die Auflockerung der Kartellwirtschaft am weitestgehenden durchgeführt. Allerdings wird der Reichskommissar für Preisüberwachung eine Neuregelung für die Preisbindungen des Kohleneinzelhandels erlassen.

Preisensenkung am freien Markt.

Am schwierigsten ist die Durchführung der Preisensenkung am freien Markt, wo die Preisgestaltung in dauerndem Fluße ist. Diese Aufgabe zu lösen, bleibt dem neuen Reichskommissar für Preisüberwachung vorbehalten.

ten, denn allerdings außerordentliche Vollmachten zur Verfügung stehen. Wenn für die Arbeitnehmer keine Reallohnkürzung eintreten soll, so muß gefordert werden, daß dieser Reichskommissar von seinen Vollmachten in weitestgehendem Umfange Gebrauch macht und auch vor Härten nicht zurückschreckt. Die Beseitigung überhöhter Preisspannen wird auf gutlichem Wege nicht leicht zu erreichen sein. Man muß vor allem erwarten, daß der Kommissar die Senkung der Verketteten der Kommunen betreibt, die sich heute noch auf einem Stande bewegen, der im Zeitalter der Preisensenkung nicht tragbar ist. Dringend notwendig ist auch die vorgesehene Senkung der Handwerkertarife. Ein voller Erfolg kann aber der Preisensenkung nur beschieden sein, wenn auch die Verbraucherschaft tatkräftig mitarbeitet. Die Einführung von Preischildern und Preislisten in den Läden und auf den Märkten gibt die Möglichkeit, selbst die Kontrolle auszuüben und, wenn die Preisensenkung sabotiert wird, durch Anzeige unter Umständen die Schließung von Läden durch den Reichskommissar zu erreichen. Die Herabsetzung der Lebensmittelpreise ist im wesentlichen durch eine Verringerung der Handelspannen erreicht werden, um die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte nicht noch weiter herabzudrücken. Außerdem will die Regierung Gegenmaßnahmen gegen solche Vorkommnisse ergreifen, die infolge einer Währungsverschlechterung mit ihren landwirtschaftlichen Erzeugnissen den deutschen Markt gefährden. Die Arbeitnehmer erwarten, daß diese Gegenmaßnahmen nicht zu einer Preiserhöhung für landwirtschaftliche Erzeugnisse führen, die dem Regierungsprogramm zuwiderlaufen würde.

Zinssenkung.

Zur Vervollständigung der Selbstkostenverminderung der deutschen Wirtschaft sieht die Notverordnung eine Senkung der Zinsen für alle langfristigen Forderungen vor, die rund 25 v. H. betragen soll. Die Zinsen sollen aber nicht unter 6 v. H. gesenkt werden. Bei überhöhten Zinssätzen, die über 12 v. H. hinausgehen, ist eine weitergehende Herabsetzung jedoch vorgesehen. Mit dieser Bestimmung hält sich die Reichsregierung eng an die Empfehlungen des Wirtschaftsrates. Die Senkung der Zinsen auf dem Geldmarkte soll auf organisiertem Wege erfolgen. Die Debetbanken sollen den schuldlosen Kreditbanken entgegengehalten werden. Das wesentlichste ist aber, daß der Reichskommissar für das Bankgewerbe mit den Kreditbanken verhandeln soll, um eine Verringerung der Zinsspanne und eine Ermäßigung der Bankenkonditionen zu erreichen. Öffentlich haben diese Verhandlungen den gewünschten Erfolg und führen dadurch zu einer Verbilligung des Kontokorrentkredits und zu einer besseren Kreditverfor-

gung der mittleren und kleineren Unternehmungen, die bisher zu kurz gekommen sind.

Daneben soll auch eine

Senkung der Mietlöhne

erfolgen. Dieselbe beträgt bei Altbaumieta mit sofortiger Wirkung 10 Prozent. Bei Neubauten, soweit sie mit Hauszinszuschüssen errichtet wurden, erfolgt die Senkung nach Maßgabe der ersparten Hypothekenzinsen bis zu 15 Prozent. Bei den freien Wohnungen soll die Mietföschung dadurch erreicht werden, daß die Mietverträge einmützig zum 1. April nächsten Jahres gekündigt werden können. Um diese Mietsenkung durchzuführen zu können, werden Hauszinssteuer- und Hypothekenzinsen gesenkt. Bei der Hauszinssteuer ist ein Ausnahmefall vorgesehen, nach dem diese Steuer mit dem 1. April 1940 ganz verschwinden soll. Die Zinsenkung erstreckt sich auf alle festverzinslichen Werte, die eine Nominalverzinsung von mehr als 6 Prozent aufweisen. Zinsätze von 7 und 8 Prozent sollen auf 6 Prozent ermäßigt werden. Zinsätze über 8 Prozent sollen im Verhältnis von 8 zu 6 herabgesetzt werden.

Die Hypothekenzinsen werden im gleichen Ausmaß gesenkt wie die Zinsen von Wertpapieren. Die Zinsenkung soll sich nicht nur auf den Kapitalmarkt erstrecken, sondern sie soll auch auf dem Geldmarkt erfolgen. Der Kommissar für das Bankgewerbe wird versuchen, mit den Spitzenverbänden des Kreditwesens bis zum 31. Dezember hierüber eine Einigung zu erzielen. Erfolgt diese Einigung nicht, so kann er selbständig vorgehen.

Sonstige wirtschaftliche Maßnahmen.

Für die Verbilligung der Erzeugung ist auch die Ermäßigung der Reichsbahn tarife notwendig. Die Reichsbahn nimmt eine Senkung der Gültartarife von 300 Millionen RM jährlich vor. Die Ermäßigung ist ziemlich weitgehend, in einzelnen Gruppen bis über 20 v. H. Auch die Kohlenfrachten und Kollgebühren sollen gesenkt werden. Die neuen Tarife treten bereits am 16. Dezember in Kraft. Ueber eine Ermäßigung der Tarife für den Personenverkehr werden noch keine bestimmten Angaben gemacht. Eine Preisenkung ist aber auch hier dringend notwendig. Lediglich für die Straßenbahnen und Privatbahnen soll ein Anreiz zur Herabsetzung der Personentarife gegeben werden dadurch, daß für den Fall der Ermäßigung der Fahrpreise die Beförderungssteuer ganz oder teilweise erlassen wird.

Wie zu erwarten war, spricht die Reichsregierung für die Wirtschaft eine vorübergehende Befreiung von den geltenden Bilanzierungsvorschriften aus. Wertpapiere, Warenbestände, Rohstoffe, auch Forderungen können zu einem anderen Werte als dem Markt- oder gemeinen Werte des Bilanzstichtages in die Bilanz eingezählt werden, um eine Unterbilanz oder Ueberbilanz nicht in Erscheinung treten zu lassen. Außerdem ist auch die Einrichtung eines Entwertungskontos vorgesehen. Praktisch laufen diese Vorschriften darauf hinaus, die Beurteilung der kommenden Bilanz außerordentlich leicht zu machen und Verluste nicht auf einmal in Erscheinung treten zu lassen. Eine solche Maßnahme hat auch Nachteile, da die Undurchsichtigkeit der Geschäftslage der Einzelunternehmungen erhöht wird. Im Interesse der Reinhaltung der Wirtschaft wird die kurze preßgesetzliche Verzögerung für den Preispublikation durch die ordentliche Verzögerung ersetzt. Die Einführung des Bierpennigrückes wird von allen Schichten der Bevölkerung begrüßt werden. Die Not zwingt zur Sparlichkeit auch bei den kleinsten Geldbeträgen. Durch Erleichterungen auf dem Gebiete der Gesellschaftsteuer und anderer Realsteuern sucht die Regierung die Aufteilung großer Gesellschaften zu begünstigen und dadurch die überhäufte Konzentration der deutschen Wirtschaft umzubiegen.

In der Sozialversicherung

ist die befürchtete Kürzung der Invalidenrenten nicht eingetreten, dagegen sollen alle freiwilligen Leistungen (Fürsorgeleistungen) fortfallen. Außerdem sollen bei der Krankenversicherung nur noch Belegleistungen bestehen bleiben. Die in der Krankenversicherung vielfach durch Säugung beschlossenen Mehrleistungen fallen fort. Dies ist für die Versicherten eine außerordentlich schmerzliche

Maßnahme, weil dadurch für den einzelnen wieder erhöhte Aufwendungen entstehen. Zwischen den Ärzten und einigen Krankenkassen sind in letzter Zeit Abkommen getroffen worden, die eine erhebliche Gebührensenkung für Krankenbehandlung vorsehen. Diese Abkommen wurden jetzt in die Rotverordnung aufgenommen, so daß sie nunmehr für alle übrigen Krankenkassen obligatorisch sind. Die Gewährung höherer Gebühren, als diese Vereinbarungen vorsehen, ist künftig untersagt.

Eine bedauerliche Maßnahme ist auch der Wegfall aller Renten aus der Unfallversicherung bis zu 20 Prozent. Etwa 400 000 Personen wird damit die Rente aus dem Gemischten Invaliditätsversicherungsfonds ganz oder teilweise entzogen. Aber sie sind nicht mehr vollleistungsfähig. Das bedeutet bei der schärften Rationalisierung und Auslese meistens ihr Ausgescheiden aus dem Produktionsprozess. Erst recht trifft dies zu in der Gegenwart, wo sich hunderte tausende vollleistungsfähige Arbeiter anbieten.

In der Lohnpolitik

Ist der lange befürchtete gesetzliche Eingriff Tatsache geworden. Alle zur Zeit geltenden Löhne und Gehälter werden ab 1. Januar, unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Tarifverträge, auf den Stand vom 10. Januar 1927 reduziert. Soweit seit dem 1. Juli 1931 bereits eine Senkung der Lohn- und Gehaltsätze erfolgt ist, darf diese Reduzierung nicht mehr als 10 Prozent betragen. In keinem Falle darf die Reduzierung 15 Prozent übersteigen. Zur Festlegung dieser Lohnreduzierung hat eine Nachtragsvereinbarung zu den geltenden Tarifverträgen zwischen den Parteien bis zum 19. Dezember zu erfolgen. Wird eine Einigung nicht erreicht, so fällt der zuständige Schlichter darüber eine endgültige und bindende Entscheidung.

Der Zweck des Eingriffes der Rotverordnung in die Gehälter und Löhne ist die Ermöglichung weiterer Preisenkungen. Sie will für eine gewisse Zeit Ruhe in die Betriebe tragen und sichere Kalkulationsgrundlagen schaffen. Sie verlängert deswegen alle bei Verkündigung der Rotverordnung laufenden Tarifverträge bis zum 30. April 1932, sofern sie nicht auf eine längere Zeitdauer abgeschlossen sind. In besonderen Fällen kann der Schlichter die Pauschale bis zum 30. September 1932 verlängern. Ebenso kann in Sonderfällen für einzelne Gebiete oder Wirtschaftszweige durch den Schlichter eine Sonderregelung erfolgen. Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen soll nur in Ausnahmefällen erfolgen.

Die Auswirkung dieses neuen Eingriffes in die Einkommensbezüge der Arbeitnehmer ist zunächst noch nicht abzusehen. Das Einkommen der Arbeitnehmer ist in den letzten Wochen und Monaten schon sehr stark gesenkt worden. Bei den Tarifsenkungen, die vor der Rotverordnung durchgeführt wurden, wirkten Verkürzungen und Beseitigung außertariflicher Zulagen usw. dahin, daß Verminderungen der Einkommen um 30-40 v. H. nicht selten sind. Ob die durch die neue Rotverordnung eingehende neue Schrumpfung der Kaufkraft nicht zu einem weiteren Erliegen der deutschen Wirtschaft führt, bleibt abzuwarten. Sie wird nicht nur im Interesse der Arbeitnehmer, sondern auch im Interesse des ganzen nur dann erträglich sein, wenn die durch die Rotverordnung versprochene weitere Preisenkung ungefäumt eintritt, wenn insbesondere die Tarife der gemeinnützigen Betriebe, für das Betriebswesen usw. schon in aller nächster Zeit neben den Mieten fühlbar gesenkt werden.

Sicherung der öffentlichen Finanzen

Im September hatte die Reichsregierung den Reichshaushalt an die veränderte Wirtschaftslage angepasst und die Ausgaben auf 9150 Millionen RM gesenkt. Das bedeutete eine Ausgabenminderung von fast 2 Milliarden RM gegenüber dem Vorjahre, worin allerdings auch die Verminderung der Reparationszahlungen infolge des Hooverjahres enthalten war. Trotzdem ist der Etat nicht ausgeglichen, da mit einem weiteren Einnahmefall von 200 Millionen RM zu rechnen ist infolge des Rückganges der Steuereinnahmen. Außerdem ist es nicht möglich, die 150 Millionen Bausparaktien der Reichsbahn zu verkaufen, deren Gegenwert bereits in den Etat eingestellt war. Der gesamte Restbetrag soll durch die Einnahmen aus dem Münzgewinn, die abermalige Kürzung der Beamtenegehälter und eine Reihe von steuerlichen Maßnahmen gedeckt und ebenso der Haushalt für 1932 auszugleichen werden, auch wenn die Reparationslast die gleiche bleibt wie unter dem Hooverplan. Dabei ist berücksichtigt, daß das Steuereinkommen nur rund 700 Millionen hinter dem Aufkommen von 1931 zurückbleibt.

Erhöhung der Umsatzsteuer.

Zunächst erfolgt eine Erhöhung der Umsatzsteuer, die mit Wirkung vom 1. Januar auf 2 Prozent heraufgesetzt wird. Dabei wird jedoch im Interesse der Volkswirtschaft das wichtigste Nahrungsmittel, das Brot, von der Umsatzsteuererhöhung ausgenommen. Dasselbe gilt für Getreide, Mehl, Schrot oder Kleie aus Getreide sowie den anderen daraus hergestellten Backwaren. Bei diesen bleibt der Steuerfuß unverändert. Neu eingeführt wird die Besteuerung von Einfuhrwaren. Dadurch soll erreicht werden, daß in Deutschland hergestellte und umsatzsteuerpflichtige Gegenstände nicht teurer werden gegenüber gleichwertigen Waren, die aus dem Ausland eingeführt werden. Diese Ausgleichsteuer wird zum allgemeinen Satz von 2 Prozent bei Getreide, Mehl und Backwaren zu einem Satz von 0,5 Prozent erhoben. Ausgenommen sollen nur bestimmte Roh- und Hilfsstoffe werden, die für die deutsche Produktion erforderlich sind und im Ausland nicht oder in nicht ausreichendem Maße erzeugt werden. Neben der Verringerung des Umsatzsteuerfußes ist bedeutsam die dem

Reichsfinanzminister erteilte Ermächtigung, für bestimmte Gegenstände oder Gruppen von Gegenständen die Pfaffenpauuschalierung einzuführen. Das bedeutet, daß in der Textilindustrie nicht jede Produktionsstufe, die das Erzeugnis durchläuft, besteuert wird, sondern daß die Besteuerung mehrerer oder aller Umfänge zusammengefaßt wird. Diese Pfaffenpauuschalierung soll im wesentlichen einer Vereinfachung der mehrstufigen mit den konzentrierten Betrieben dienen. Es ist beabsichtigt, die Pfaffenpauuschalierung zunächst auf dem Gebiete der Textilwirtschaft einzuführen.

Wir sind früher bereits auf die Frage der Pfaffenpauuschalierung, ihre Vorteile und Nachteile, in unserer Zeitung näher eingegangen.

Das aus der Umsatzsteuererhöhung erwartete Mehraufkommen wird von der Regierung mit 900 Millionen Mark eingezählt. Länder und Gemeinden sollen mit 30 Prozent, gleich 270 Millionen Mark, an diesem Mehraufkommen beteiligt werden.

Eine ruhige und leidenschaftslose Betrachtung an einschlägigen Bestimmungen der Rotverordnungen bestärkt den Eindruck, daß die Regierung genau wie bei früheren Anlässen sich lediglich von dem Gesichtspunkt hat leiten lassen, wie der Reichshaushalt balanciert werden kann. Dieser Eindruck gewinnt uns größere Berechtigung, wenn man die weiteren Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Haushalte einer kritischen Betrachtung unterzieht. Da sind zunächst die Bestimmungen über die Vorauszahlung der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die Termine für die am 10. April fälligen Vorauszahlungen werden auf den 10. März vorverlegt; sie fallen damit also in das laufende Etatsjahr. Es ist nicht recht ersichtlich, warum die Regierung nicht auch die Hebestermine für die Bürgersteuer, die heute das Rückgrat der Gemeindefinanzen darstellt, vorverlegt hat, um auf diese Art die ständigen Uffimoschwierigkeiten wenigstens zu einem Teil zu beheben. Außerdem ist eine neue Reichsfluchtsteuer sowie eine Vorkaufsteuer bei Kompensationsgeschäften eingeführt worden.

Bleibt auf der Einnahmeseite die an bestimmte Voraussetzungen gebundene Realsteuererhöhung.

Menschlichkeit!

Durch die Presse geht die Meldung über einen rührenden Beweis der Menschlichkeit. In Wien ist ein Flugzeug mit 25 000 Schokolade aufgegeben, um die Tiere, die durch den plötzlichen Wettersturz verhungert wurden, den jungen Kindern zu erlauben, über die Alpen nach Italien zu bringen und so vor dem Tode des Hungertodes oder Erfrierens zu bewahren. Durch den Bürgermeister von Wien wird die gesamte Tiere jeweils in Empfang genommen; dieser hat „edler Menschlichkeit“ aber erhält gleichzeitig damit die notwendige offizielle Bescheinigung. Alle Welt aber erbaud sich darüber und ruft gerührt mit Recht: „Der Mensch ist gut!“

Jedem aber leiden Millionen Menschen Not, kämpfen mit Elend und Verzweiflung und wissen ohne Arbeit und Verdienst nicht, wie sie die kommenden Wintermonate überleben sollen. — Jedem hungernden Millionen Menschen, Sowa Sedra berichtet von seiner letzten Expedition, daß in Ostafrika infolge der riesenhaften Ueberflutungen allein 40 Millionen Menschen von einer ungeheuren Hungersnot bedroht sind, und täglich Tausende unter entsetzlichen Hungerqualen zusammenbrechen. Und in Kanada werden Hunderttausende von Leuten wegen verhungert, in Mexiko schüttet man den Straßen ins Meer und in Südamerika verbrennt man die Baumwolle. — kein Flugzeug aber, keine der Güter, die nötig sind Hunderten in den Straßen liegen, bringt den notwendigen verhungerten Menschen Hilfe. Die gleichen Menschen die gut sind und hungernde Tiere nicht sehen sehen können, können es auch mit Millionen Kinder und Erwachsenen in verzweifelter Not um ihre Erziehung ringen, können erlangen, daß Millionen Menschen verhungern und finden sich nicht zu gemeinsamen menschlicher La. zusammen. Die Menschheit ist gut. —

Als ob —

Sie „arbeiten“ alle ein bißchen. Ob nun die älteren Kollegen mit ihrem Können prüfen, unsere Kolleginnen ihre Hausarbeiten gewissenhaft heranzubringen oder unsere Jugend ein bißchen „arbeit“ ist gleich, wir tun eben, „als ob“ —! ...

ehrlich sein soll: ich habe schon schwerere Monate durchgemacht. — Es war einmal Krieg, dann Inflation, dann Krankheit, dann Arbeitslosigkeit. — Bessere haben wir noch. Ich will keine bösen Geister rufen; aber: wenn die drei übrigen Hebel nicht noch hinzukommen, bin ich im nächsten Jahr noch „da“. Warum soll ich also jetzt tun, „als ob“ —? ...

Die Textilproduktion 1925-1930

Eine interessante statistische Erhebung

Vom Völkerbundssekretariat erscheint jährlich „Memorandum über Produktion und Handel“. Das Werk enthält umfangreiches Material wirtschaftsstatistischer Art. Es gibt auch interessante Aufschlüsse über die Entwicklung der Textilindustrie in den Jahren 1925-1930. Was die Entwicklung der textilen Gesamtproduktion betrifft, so zeigt die Statistik, daß dieselbe außer in Schweden und Polen in den Jahren von 1925-1929 nur relativ langsam nach aufwärts geführt hat und daß seit 1929 eine besonders fühlbare Hemmung in der Weiterentwicklung der Textilindustrie, vor allem in Deutschland, Frankreich und nun auch in Polen eingetreten ist. Für Deutschland zeigt der Index der Textilproduktion von 1926 bis 1930 den folgenden Verlauf (wobei der Stand von 1925 als Ausgangspunkt gleich 100 angeetzt worden ist):

	Wolltimmererei:	Wollspinnerei:	Wollweberei:
1926:	75	50	124
1927:	150	115	153
1928:	142	114	123
1929:	137	111	118
1930:	?	120	115

Von besonderem Interesse bei der Beurteilung der Lage der Wollindustrie ist, daß der Gesamt-Export von Wollgeweben aus den sechs wichtigsten europäischen Wollverarbeitenden Ländern (England, Frankreich, Deutschland, Tschechoslowakei, Italien und Belgien) in den Jahren 1925-1929 dem Werte nach nur relativ wenig geschwankt hat, während infolge der starken Preisschwankungen mengenmäßige Unterschiede in erheblichem Maße festzustellen sind.

Bei der Betrachtung der deutschen Seidenindustrie ergibt sich folgendes Bild:

1926:	101
1927:	134
1928:	120
1929:	122
1930:	119

Das Entwicklungsbild der Seidenindustrie zeigt auch bei einem Gesamtüberblick einschließlich der übrigen Seidenindustriellen Länder erhebliche Schwankungen. Zum Beispiel zeigen die Vereinigten Staaten und Großbritannien im Jahre 1929 eine erhebliche Steigerung, die etwa dem Steigen der deutschen Ziffer in der vorangegebenen Tabelle entspricht.

Die Gesamtproduktion der Kunstseide hat sich von 1925 bis 1929 mehr als verdoppelt (Jahres-Wertproduktion in 1000 Tonnen 1925: 86,6; 1929: 200,8). 1930 war ein Rückgang der Zellproduktion zu verzeichnen, der jedoch nur insgesamt 2 Prozent gegenüber 1929 beträgt. Aufschlussreich ist schließlich auch noch die prozentuale Verteilung der Welt-Kunstseidenproduktion auf die einzelnen Länder:

	1925:	1929:	1930:
Deutschland	13,6	12,5	13,8
Belgien	5,8	3,6	2,8
England	15,6	12,8	11,3
Frankreich	7,5	8,4	9,2
Italien	15,1	15,1	15,4
Japan	1,5	7,0	8,1
Niederlande	4,6	4,5	4,2
Schweiz	3,2	2,8	2,4
Vereinigte Staaten	27,1	27,6	27,4
Andere	4,3	3,8	4,1

Eine generelle Erhöhung der Realsteuern war bereits durch Notverordnung vom 1. Dezember vorigen Jahres unterstellt. An dieser Realsteuererhöhung wird weiterhin grundsätzlich festgehalten. Die Notverordnung gibt jedoch den Gemeinden, die bisher keine oder sehr niedrige Realsteuern erhoben haben, die Möglichkeit für das letzte Quartal des laufenden Rechnungsjahres die Sätze der Realsteuern bis zur Höhe des festgesetzten Landesdurchschnitts zu erhöhen.

Auf der Ausgabe-Seite sollen die öffentlichen Haushalte durch Wenigeraufwendungen infolge einer weiteren Gehaltskürzung entlastet werden. Zu diesem Zweck schreibt die Reichsnotverordnung einen weiteren Gehalts- und Lohnabbau bei Beamten, Angestellten und Arbeitern von 10 Prozent mit Wirkung vom 1. Januar vor. Da die Kürzung an den vor den bisherigen Kürzungen festgesetzten Bezügen vorgenommen wird, ist in der Verordnung ein Kürzungssatz von 9 v. H. vorgeschrieben. Dieser Satz bedeutet jedoch eine Kürzung der jetzigen Bezüge um etwas mehr als 10 Prozent. Die Verordnung errechnet die Ersparnis infolge der Lohn- und Gehaltskürzungen auf rund 200 Millionen Mark.

Aus dem Wortlaut der Notverordnung über die Gehaltskürzungen geht nicht hervor, wie das Reich das vielkritisierte Doppelverdienstamt beseitigen will. Dagegen erfolgt eine Senkung der Pensionen, die nach der Höhe der Pensionsansprüche zwischen 4 und 9% beträgt.

Ob diese Einnahmesteigerung durch die Steuern und die Ausgabenkürzungen einen in Wahrheit ausgeglichenen Etat gewährleisten oder nicht doch wieder nur eine papierene Deckung ergeben, ist außerordentlich fraglich. Um so dringender ist die Inangriffnahme der längst überfälligen Finanz- und Reichsreform erforderlich.

Unsere Gewerkschaft eine Schutzwehr der Arbeiter.

In einem vorangegangenen Artikel wurden die Verhältnisse geschildert, wie sich dieselben vor dem Jahre 1870 und einige Jahre nach 1870 bezüglich Arbeitsführung, Lohnzahlung, Strafsystem, Nahrungsweise usw. entwickelt hatten. Einige Zeit vorher als Deutschland sein Abhängigkeitsgebiet immer weiter ausdehnte und dank seiner Qualitätsarbeit immer mehr Aufträge herein kamen, warf sich ein großer Teil der Bevölkerung bis in die entlegensten Dörfer auf die Weberei. Die Fabrikanten schickten ihre Werker (Werkemeister) aus, um den Leuten das Weben schmackhaft zu machen. Man war nicht wählerisch bei der Anwerbung. Handwerkergelöhne und -löhne, Bauernlöhne und Mägde wurden herangezogen und zu Webern ausgebildet.

Auch Kinder, die noch zum Schulbesuch verpflichtet waren (13-14 Jahre alt), wurden zum Weben angelernt. Sie wurden in der Schule als krank gemeldet und lagen vor dem Webstuhl und mußten nicht selten flüchten, wenn der Polizeibeamte kam, um das Kind zur Schule zu holen.

Jetzt beginnt ein Kapitel, welches ebenso traurig war, wie das im vorigen Artikel geschilderte. Damals gab es keine gesetzliche Arbeitszeit, auch keine Ferien. Jahrtaus, jahrein mußten Mann, Frau, Kinder und Gefellen in uneingeschränkter Arbeitszeit schaffen. Die Arbeit begann in der Regel morgens um 6 Uhr. Es gab Arbeiter, welche im Sommer um 5 Uhr, ja um 4 Uhr morgens schon am Webstuhl standen. Der Weber oder die Weberin trauchten zum Weben Spulen. Diese Spulen wurden von den noch schulpflichtigen Kindern angefertigt, die ebenfalls frühzeitig aus den Betten geholt wurden.

Da in der Regel sämtliche Kinder das Handwerk des Vaters erlernen mußten, fand man Webstuben von 3, 4, ja bis 7 Webstühlen. Zu diesen Webstühlen und Spulrädern kam oft auch noch eine Windmaschine hinzu. Da klappernten die Maschinen und Webstühle, surreten die Spulräder bis des Abends 9, 10, 11 Uhr, ja nicht selten noch viel später, bis um Mitternacht und darüber hinaus. Können unsere jüngeren Mitglieder sich ein Bild davon machen, wie es damals den Schaffenden zu Mute war? Werden sie es verstehen, daß dieselben oft vor Müdigkeit zusammen sanken, daß ihnen bei der Arbeit die Augen zutaten vor Schlaf? Man stelle sich die Anforderungen vor, die besonders abends an die Arbeiter gestellt wurden, die bei einer trüb brennenden Lampe (man hatte damals noch kein Petroleum, kein Gas und kein elektrisches Licht) in einer Webstube, wo gekocht und gewaschen wurde, die feinsten Arbeiten anfertigen mußten!

Schlamm, sehr schlamm hatte es die verheiratete Frau, die mitarbeiten mußte. Neben dieser Arbeit hatte sie ihre Haushaltungspflichten zu erfüllen: Kochen, Waschen, Putzen, Flecken, Stricken und Stopfen, womit sie einen ganzen Tag außer hätte ausfüllen können, mußte nach Arbeitslohn vorgenommen werden. Ihren Kindern, deren Zahl mitunter nicht klein war, konnte sie sich kaum widmen. Schaffen, schaffen und immer wieder schaffen war ihr Los.

Und die Kinder? Soweit sie noch nicht mit weben konnten, mußten sie die Arbeiten, die zum Inangrhalten der Arbeit nötig waren, verrichten. Neben dieser Arbeit mußten sie ihre Schulaufgaben anfertigen, die kleinen Geschwister verwahren und beaufsichtigen, Ausgänge besorgen usw. Arbeiten war auch ihr Los, freudlos ihr Dasein.

Was sagen uns die zwei unter obiger Ueberschrift gedruckten Artikel? Sie sagen, daß bei schlechter Geschäftslage die Unternehmer ihre Arbeiter rücksichtslos ausbeuteten und dem Hunger und Elend preisgaben. — daß bei guter Geschäftslage die Unternehmer die Arbeiter antrieben, Raubbau an der Arbeitskraft der Arbeiter vollführten und sie bis zum Umfallen ausnutzten. In beiden Fällen verdrängte man sich schwer an Leben und Gesundheit der Arbeiter und deren Kinder. Die Arbeiter mußten sich der Unternehmerrückkehr beugen. Was wollten sie auch machen? Der einzelne war auf sich allein angewiesen, einen organisierten Widerstand konnte man nicht.

Jene Zeiten wünschen die Unternehmer auch heute wieder herbei, sie warten auf den Tag, wo es von den

Deutsche Textilproduktion:

1926:	90
1927:	124
1928:	111
1929:	104
1930:	102

Diese Aufstellung zeigt, daß innerhalb der angegebenen Zeitspanne die deutsche Textilproduktion ihren Höhepunkt 1927 hatte und von da an ständig gesunken ist.

Bei der Betrachtung der einzelnen Zweige der Textilindustrie ergibt sich ein ähnliches Bild. Die folgenden Zahlen zeigen die Entwicklung in der Baumwollindustrie. Der Produktions-Index von 1925 gleich 100 gesetzt, zu welchem die Ergebnisse der anderen Jahre in Vergleich gestellt werden.

Baumwollspinnerei: Baumwollweberei:

1926:	85	78
1927:	116	117
1928:	105	110
1929:	95	94
1930:	94	94

Diese Gegenüberstellung ist sehr interessant. Sie zeigt, daß die Konjunkturschwankungen in den beiden Zweigen der Baumwollindustrie nicht immer parallel laufen, sondern, daß Fortschritte wie Rückschläge die beiden Zweige in ganz verschiedenem Tempo treffen.

Ähnliche Unterschiede zeigen sich auch bei der Gegenüberstellung der einzelnen Zweige der Wollindustrie. Einen Ueberblick gibt folgendes Bild:

Organisationen heißen würde: „Von den Unternehmern nicht befragt, aber durch die Widersacher (Unorganisierte, Gebe und Kommunisten) zur Ohnmacht verurteilt.“

Wir legen das Vertrauen in unsere organisierten Kolleginnen und Kollegen, daß sie die Hoffnung der Fabrikanten zu schanden machen. Besonders ihr, ihr jungen Kolleginnen und Kollegen, denkt an die Leiden, die eure Großeltern, teilweise auch noch eure Eltern, haben ertragen müssen. Denkt daran und kämpft für eine bessere Zukunft!

Wir hören oft das Lied der Jugend von der „neuen Zeit“. Möge diese neue Zeit eine glücklichere sein wie die, die euch gezeigt worden ist!

Jugend, sei nicht Ambos, fordern Hammer, schlage zu und schmiede dir eine glückliche und goldene Zukunft!

Mancher kann nicht verstehen

daß die unorganisierte Textilarbeiterschaft trotz der Vorgänge in der letzten Zeit gleichgültig geblieben und nicht dem Verbanne beigetreten ist. Jeder, der nicht nur brummend seinen Beitrag zahlt und damit genug getan zu haben glaubt, muß sich über die Ursachen des Absetzens der Unorganisierten Klarheit verschaffen. Mitglieder des Verbandes sollen ja mitarbeiten, mitstreiten, also auch mitwerben. Wer das will, muß die innere Verfassung der Unorganisierten kennen.

Da ist einmal zu beachten, daß die Arbeiterschaft als Volksschicht kaum hundert Jahre alt ist. Sie hat allerdings in dieser Zeit einen Weg zurückgelegt, für den Bürger und Bauern Jahrhunderte bräuchten. Die Befreiung des Bürgertums erfolgte nach der großen französischen Revolution von 1789. Den Anstoß zur Bauernbefreiung in Deutschland gab der Freiherr von Stein, dessen hundertster Todestag in diesem Jahre gefeiert wurde. Wer nun die Verhältnisse, in denen die Arbeiterschaft in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts lebte, mit den heutigen vergleicht, wird feststellen, daß die Arbeiterschaft als werdender Stand sich schnell entwickelte. Selbstverständlich marschierten und marschieren nicht alle Arbeiter und Arbeiterinnen im gleichen Schritt. Der alte Obrigkeitssaat wirkte in dieser Hinsicht auch hemmend: Er handelte weitgehend nach dem Wahlspruch: „Für die Arbeiterschaft, aber nichts durch die Arbeiterschaft.“ Gewiß brachen die Gewerkschaften in der Vorkriegszeit in diese Auffassung Breschen; der Staat mußte auf manchen Gebieten seine Pflöcke zurückstecken. Trotzdem wurde ein bestimmter Untertanengeist großgezogen, der heute noch vielen Arbeitnehmern im Blute siedet. Sie wollen sich weiter bevormunden und betreuen lassen. Ihnen ist unbekannt, daß sie mündig geworden, sie aus diesem Grunde für ihre Lage verantwortlich sind und sich selber als Glied der Arbeiterschaft, eingeordnet in die gemeinsame Front, helfen müssen. Alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben die Aufgabe, den Geist des Obrigkeitstaates zu bekämpfen, der bei den betreffenden Arbeitnehmern durch Gleichgültigkeit, Schampanne über das Bestehende oder durch Hilfserufen zum Staat überhört. Die Gewinnung solcher Unorganisierte ist also zum Teil eine Frage der Erziehung und Aufklärung.

Weitere Gründe für die Haltung der Unorganisierten sind Egoismus („ich bekomme ja so auch den gleichen Lohn wie die andern“) und Hoffnungslosigkeit („es nützt ja doch nichts“), hervorgerufen durch wirtschaftliche Schwierigkeiten. Abgehalten werden sie fernerhin durch die Mühsal der radikalen. Manche Arbeitnehmer richteten sich auch nach den Wünschen der Arbeitgeber, die lieber sehen, wenn ihre Belegschaften unorganisiert sind. Untermüßige verneinen auf solche Art und Weise ihren persönlichen Vorteil wahrzunehmen. Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Gewinnung der Unorganisierten, gleichgültig aus welchen Gründen sie absetzt stehen, nur durch unausgesetzte Bearbeitung möglich ist. Jeder muß die Mitarbeit als Ehrenpflicht ansehen. Niemanden darf es gleichgültig sein, ob der Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin unorganisiert ist. Hat man sie hundertmal erfolgreich zum Eintritt in den Verband aufgefordert, dann beginnt man das zweite Hundert der Werbe- und Aufklärungsversuche. Anknüpfungspunkte gibt es genügend. Man bedenke: Steier Tropfen höhlt den Stein!

Stärkung der gewerkschaftlichen Front!

Von jeher sind die Forderungen der organisierten Arbeiterschaft, die wirtschaftliche und staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Arbeiter durchzuführen, von allen Gegnern der Gewerkschaftsbewegung heftig bekämpft. Es braucht nur erinnert zu werden an die vorkriegszeitlichen Forderungen der Gewerkschaften auf Einführung des gleichen Wahlrechts, Schaffung von Tarifverträgen, Einführung des Betriebsrätegesetzes, wie überhaupt an ein Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter in den einschlägigen Gebieten. Unsere Bemühungen sind nicht erfolglos geblieben, das sieht jeder einsichtige Arbeiter ein. Es ist aber erforderlich, ab und zu auf diese Tatsachen aufmerksam zu machen.

Zeiten der Krise, die immer von den Unternehmern zum besonderen Angriff auf die Gewerkschaften und deren Erfolge ausgenutzt werden, sind stets für uns starke Belastungsproben. Ein Blick auf die Organisationen der Arbeitgeber zeigt uns aber auch, wie lückenlos hier die Organisationen ausgebaut sind. Hier läßt man keine Kräfte weiter aufkommen. Rücksichtslos werden alle niedergedrückt, die sich in den Weg stellen. Daher auch die Macht dieser Gruppen besonders in der heutigen Notzeit.

Die Situation ist für die Arbeiter keineswegs rosig, aber auch nicht hoffnungslos, wenn die Zeichen der Zeit verstanden werden und danach gehandelt wird. Wir wollen die Folgen der Krise überwinden und müssen den Machthandpunkt der Unternehmern bekämpfen. Unsere drängende Gewerkschaftsbewegung will helfen. Das Gebot ist ihre sittliche Idee. Hilfe für die Arbeitermassen kann sie aber um so wirksamer durch machtvolle Organisationen bringen. Alles muß deshalb unternommen werden, um durch eine härtere Erfassung der Unorganisierten die gewerkschaftliche Front wesentlich zu stärken. Dieser Gedanke muß in den nächsten Wochen in allen Versammlungen und Sitzungen auf der Tagesordnung stehen. Deshalb zur Stärkung unserer gemeinsamen christlich-sozialen Arbeiterbewegung! Auf zur Werbung! Stärkt den gewerkschaftlichen Kampfgeist!

Die Lage der englischen Textilindustrie

Die englische Textilindustrie vor dem Kriege eine Quelle nationalen Reichtums, befindet sich seit Friedensschluß in einer außergewöhnlichen Depression...

Von allen in der Industrie beschäftigten Arbeitnehmern waren erwerbslos*) im Jahre 1924: 15,8 Prozent; 1925: 11,6 Prozent und 6,6 Prozent; 1926: 25,4 Prozent und 9,1 Prozent; 1927: 11,1 Prozent und 6,9 Prozent; 1928: 15,4 Prozent und 9,2 Prozent; 1929: 14 Prozent und 11,6 Prozent; 1930: 45,5 Prozent und 23,8 Prozent.

Für die schwierige Lage der Lancashire Industrie werden verschiedene Gründe angegeben. Einer der wesentlichsten ist wohl die Entstehung neuer Konkurrenten im fernem Osten und die mit modernen, leistungsfähigen Maschinen ausgestattete Industrie in den südlichen Staaten der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Eine weitere Schwierigkeit ist die individualistische Organisation der Industrie. Die scharf abgegrenzten Industriezweige, von denen jeder Hunderte von selbständigen, konkurrierenden Firmen umfaßt, konnten bis heute zu keinem arbeitsfähigen Zusammenschluß kommen.

Ein weiterer Punkt, der vor allem von der Arbeitgeberseite immer wieder angeführt wird, sind die hohen Löhne. Tatsache ist, daß die Löhne, verglichen mit den deutschen, höher sind, doch sind sie sicherlich nicht die Ursache der Depression.

Nach dem Falle des englischen Pfundes ist eine Belebung der Textilindustrie zu erwarten. Doch beginnen schon jetzt die Nachbarländer dem Umwandern der Aufträge nach England mit Vorzügen und Vergünstigungen zu begehnen.

Der wesentlichste Grund für die schwierige Lage der Lancashire Industrie ist sicherlich derselbe wie für die Krise der gesamten Weltwirtschaft. Die Schwierigkeit, die ins riesengroße gesteigerte Produktionsmöglichkeit voll auszunutzen und zur Konsumtion zu bringen, ist der Grund.

*) Einschließlich einer geringen Zahl von Kurzarbeitern.

Allgemeine Rundschau

200 Millionen Bangeher verteilt.

Die Arbeitslosigkeit nimmt einen immer größeren Umfang an. Die Folgen für unser Wirtschaftsleben, für Volk und Staat sind katastrophal.

Bei der Finanzierung des Wohnungsbaues spielen die Banparzellen eine nicht mehr untergeordnete Rolle. Deswegen besonders die älteste und größte Banparzelle Deutschlands, die Genossenschaft der Freunde Häuserbau in Ludwigslund, die trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, trotz der einschneidenden Sparmaßnahmen der Regierung...

Die Genossenschaft der Freunde hat bekanntlich auch die christlich-nationale Arbeiterbewegung ein Hausbauprogramm aufgestellt, modern ebenfalls besteht in, welches Vertrauen man zu dieser gesamten Sache haben darf.

Die Lebenskraft eines Volkes offenbart sich in seinem Geburtenstand. Wie weit in Deutschland schon die Krise mit dem Leben weitergegriffen hat, beweist ganz die Tatsache, daß im ersten Vierteljahr 1931 nur noch 17,4 Kinder auf 1000 Einwohner geboren wurden gegenüber noch 18,4 beginnend 1927 in den vorhergehenden Jahren und 21,2 im Jahre 1912.

Die Lebenskraft eines Volkes offenbart sich in seinem Geburtenstand. Wie weit in Deutschland schon die Krise mit dem Leben weitergegriffen hat, beweist ganz die Tatsache, daß im ersten Vierteljahr 1931 nur noch 17,4 Kinder auf 1000 Einwohner geboren wurden gegenüber noch 18,4 beginnend 1927 in den vorhergehenden Jahren und 21,2 im Jahre 1912.

Berichte aus den Ortsgruppen

Halsau-Wiesau. Schill verkündete die Fabrikglocke nach angelegter Tagesarbeit den heiß ersehnten Feierabend. Eifrig und freudig sah man heute unsere christlichen Gewerkschaftler zum Soffor drängen und tüchtig heimwärtschreiten.

Bonniger Kollege Thiel eröffnete nach einem gut vorgetragenen Prolog die Feier. Eine katolische Teilnehmerzahl konnte er willkommen heißen! Herzlich begrüßte er die Treuen, die es gewagt hatten, den tobenden Gewalten zu trotzen und den weiten Weg nicht scheuten hatten, um das schöne Gefühl freudiger Geborgenheit durch ihr Mitwirken zu fördern.

In hundert Reden folgten nunmehr Gedächtnisreden aller Art und Solologien. Kollege Schulz verlas es, sich in die Herzen ihrer Zuhörer hineinzusprechen. Besonders gut gefiel das Gedächtnis „Die übermächtigen Mächte“.

Unser Ortsgruppe feierte am 8. November ihr 24. Jubiläum. In dieser Festversammlung hatten sich die Mitglieder mit ihren Angehörigen so zahlreich eingefunden, daß der große Festsaal fast nicht mehr ausreichte.

Buchbesprechung.

Nitzsche, Das Grauen im Osten, von Walter Michel. Georg Westermann-Verlag. Kart. 4.-, Leinen 4,80 M.

Wir haben eine Hochkonjunktur von Kriegsbüchern bekommen. Bei allen wirklich guten Kriegsbüchern aber ist, so will es uns scheinen, über die Würdigung der Kriegsgeschehen an der Westfront der Osten bisher doch zu kurz gekommen.

Rot oder Schwarz, Stendhal, deutsch von Dr. Karl Federer. Wegweiser-Verlag, Berlin-Charlottenburg 2 (Volkerverband der Bücherfreunde).

Der Volkerverband der Bücherfreunde kann sich die Herausgabe dieses Stendhalschen Werkes als ein besonderes Verdienst anrechnen. Es trägt damit nicht nur gemeinhin an der Ausbreitung d. h. mit Recht immer größerer Beliebtheit sich erfreuenden Schriften dieses eigenartigen hervorragenden Franzosen bei.

Der Koloch, Jakob Wassermann, Wegweiser-Verlag, Berlin-Charlottenburg 2 (Volkerverband der Bücherfreunde).

Eine außerordentlich packend geschriebene Gegenüberstellung sozialer Probleme: der Konflikt von arm und reich, Idealismus und Egoismus, das Problem von Gut und Böse überhaupt. Von einer starken Ueberzeugungskraft getragen, greift diese Darstellung sozialer Konflikte so in die letzten Tiefen unseres Gesellschaftslebens überhaupt und bildet damit einen wertvollen Beitrag zu der noch immer verhältnismäßig kleinen - wirklich guten - sozialen Literatur.

Sterbefahel

Maria Mack, Eßlingen, 51 J. - Gottl. Biermann, Jellenbeck, 68 J. - Gottfr. Anstöß, Lobberich, 82 J. - Wilh. Köstig, Vorchdorf, 60 J. - Hermann Röchte, Rheine, 58 J. - Anton Wilms, Kl. Gladbach-Solt, 72 J. - Josefine Leberer, Rohmatt-Hüg, 55 J. Ruhet in Frieden!

Bekanntmachung

Wir weisen darauf hin, daß der Beitrag, der in der Woche vom 27. Dezember bis 2. Januar fällig ist, für die 53. Beitragswoche gilt. Das vierte Quartal 1931 ist mit dem 2. Januar 1932 abzuschließen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Volk in Not! - Was bringt die Notverordnung? - Sicherung der öffentlichen Finanzen. - Unsere Gewerkschaft eine Schutzwehr der Arbeiter. - Stärkung der gewerkschaftlichen Front! - Die Textilproduktion 1925-1930. - Mäander kann nicht verheizen. - Menschlichkeit! - Die Lage der englischen Textilindustrie. - Feuilleton: Als ob - - - Allgemeine Rundschau: 200 Millionen Bangeher verteilt. - Einkehende Volkshaus. - Berichte aus den Ortsgruppen: Halsau-Wiesau. - Dohtrup. - Buchbesprechung. - Sterbefahel. - Bekanntmachung. - Jahreskarte.

Schriftleitung: Otto Raier, Düsseldorf, Florastraße 7.

Advertisement for 'Der Deutsche' newspaper and 'Bettfedern' (mattresses) by Rudolf Blahut. Includes text: 'Gewerkschaftler! Besitzt Eure Bücher mit Zeitungsbeitrag durch den Christlichen Gewerkschafts-Verband' and 'Zu herabgesetzten Preisen! Billige böhmische Bettfedern'.